

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

DGB-Studie schlägt Alarm

Arbeitslose werden aussortiert

Situation gilt auch in Flensburg

Arbeitslosigkeit hat meist eine lange Vorgeschichte: „Soziale Notlagen zeichnen sich oft schon vor dem Bezug von Hartz IV an. Nicht selten sind sie die Ursache der Arbeitslosigkeit“, sagt der DGB in seiner aktuellen Arbeitsmarkstudie. Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat der Arbeitslose also nur, wenn diese Probleme gelöst werden. „Auf dem Arbeitsmarkt stellt eine Überschuldung ein oftmals unüberbrückbares Vermittlungshemmnis dar, weil zukünftige Arbeitgeber die Betroffenen nicht einstellen wollen, z. B. aufgrund von negativen Eintragungen bei der SCHUFA, zu erwartenden Lohnpfändungen oder Zweifeln an sorgsamem Umgang mit Geld“, weiß der aktuelle Flensburger Sozialatlas 2013.

12.000 Flensburgerinnen und Flensburger stecken in dieser Schuldenspirale: Mit Schulden gibt es keinen Job; ohne Job wachsen die Schulden. Der Gesetzgeber hat diesen Zusammenhang erkannt und Schuldnerberatung, neben der psychosoziale Betreuung und Suchtberatung ausdrücklich als Leistung im Sozialgesetzbuch II, allgemein als Hartz IV bekannt, festgelegt (§16a). Wer arbeitslos wird, kann zur Schuldnerberatung gehen und sich dort beraten lassen. Wer genau den entsprechenden Paragraphen liest, erkennt, dass tatsächlich aber kein Leistungsanspruch besteht. Die Jobcenter entscheiden von Fall zu Fall, ob ergänzende Eingliederungsleistungen zu erbringen sind. Schuldnerberatung gehört also zu den so

genannten Kann-Leistungen. Da diese etwas kosten und dem Jobcenter angerechnet werden, werden sie nicht regelmäßig erbracht. Das bringt den DGB auf den Plan, der bundesweit einen schlimmen Trend erkennt: „Von einer ganzheitlichen Betreuung kann meist nicht gesprochen werden.“ Das heißt, Fordern: ja. Fördern: Fehlanzeige!



In Flensburg befinden sich ca. 1.000 Schuldner in der Beratung; über den Daumen gepeilt also nicht einmal jeder zehnte Betroffene. Die anderen werden von ihren Schulden tiefer und tiefer nach unten gezogen. Dabei sind die meisten unverschuldet in diese Situation geraten. Die Ursachen für den Schuldenberg können Krankheit oder Unfall sein oder nach der Tren-

nung vom Partner oder dessen Tod oder nach einer gescheiterten Selbstständigkeit entstanden sein. Trotzdem hält sich hartnäckig das Vorurteil, dass private Schulden Konsumschulden sind, die durch Handy-Vertrag oder Kundenkredite entstanden sind.

Das Statistische Bundesamt zeigt in der „Statistik zur Überschuldung privater Personen“, dass Sucht einer der Auslöser von privaten Schulden ist. Sucht und Schulden gehören vielfach zusammen. Der DGB spricht darum davon, dass sich Problemlagen bedingen oder sich gegenseitig verstärken. „Es muss ein System aufgebaut werden, das sicherstellt, dass bundesweit qualitativ und quantitativ ausreichende Angebote an sozialintegrativen Leistungen bereitgestellt werden“. Doch von einem flächendeckenden Angebot sind wir weit entfernt. In einem Bericht des „Flensburger Tageblatts“ im Juni klagte die Schuldnerberatung, dass der Andrang kaum zu bewältigen sei. An aktive Beratung von Schuldner, die den Weg zur Beratung nicht selbst finden, sei überhaupt nicht zu denken. So wächst das Problem unaufhaltsam weiter.

Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger haben ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Der Staat ist verpflichtet dieses zu garantieren, drückt sich aber mit Kann-Bestimmungen vor Erbringen von Leistungen. Es wird immer deutlicher, Hartz IV ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und verfassungswidrig, da es kaum eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht und nur tiefer in die Armut führt. Zur beruflichen Deklassierung kommt die Ausgrenzung der Menschen aus der Gesellschaft. Sie werden abgeschoben.

König Gauck!

Dass der Bundespräsident Gauck auf den Königsthron gehoben wird - das mag als Spinnerei abgetan werden. Die Erklärung von Gerichtspräsident Voßkuhle, der die Wahl des Bundespräsidenten als einen „demokratisch veredelten Rückgriff auf das Erbe der konstitutionellen Monarchie“ darstellt, klingt zumindest wie ein Schritt in die Vergangenheit. Doch Gauck, wie ein kleiner König, versucht allzu oft mit einer hemdsärmelig daher gesagten Meinung den Anschein zu erwecken, er hätte „dem Volk auf das Maul geschaut“. Folgt man den Märchen der Brüder Grimm, haben Könige und Kaiser oft versucht, mit vorgetäuschter Volkstümelei ihre Untertanen zu beruhigen, immer dann, wenn es brenzlich wurde für den Königsthron.

Diesen Effekt möchte Gauck wohl auch erzielen. Mit den Begriffen Frieden und Freiheit, mit seiner schier unbegrenzten Nutzung des Wortes Demokratie hält er nicht nur in diesem Land, sondern auch international seine Reden. Der Zweck ist offensichtlich, damit deutsche Vergangenheit und Gegenwart reinzuwaschen, bzw. die Verantwortung für zwei Weltkriege und Faschismus zu verharmlosen.

So geschehen mit seiner „Kriegserklärung 2012“ an der Führungsakademie

der Bundeswehr, in der er u.a. mit den Worten „Eine funktionierende Demokratie braucht Einsatz!“ die Kriegseinsätze der Bundeswehr rechtfertigte und die Distanz der Bürger dazu kritisierte. Mit anderen Reden beweist er in der Kriegstreiberei Kontinuität, erinnert sei an die Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

Bundespräsident Gauck spricht am 20. Jahrestag des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen davon, dass die Demokratie wehrhaft sein muss. Ohne ein Ende der Kriminalisierung der antifaschistischen Proteste zu fordern.

Die Grünen-Politikerin Claudia Roth meinte einmal, gerade der Kampf und Widerstand gegen Faschisten und Rechtspopulisten bekäme mit Gauck einen Antifaschisten mit Glanz hinzu. Schlecht informiert war sie damals schon: Über Thilo Sarrazin hat Gauck gesagt, er habe mit der Herausgabe seines Buches „Mut bewiesen“. Damit hat er rechtspopulistisches Denken salonfähig gemacht.

Im Dörfchen Lyngiades in der nordgriechischen Region Epirus wurden 1943 mehr als 80 Menschen durch deutsche Soldaten getötet. Das Gauck hier im März 2014 mit pastoralen Worten Anteilnahme demonstriert und

gleichzeitig den Opfern des deutschen Faschismus die Wiedergutmachung streitig macht, ist an Zynismus nicht zu überbieten.

Und es passt in die Reihe seiner oberflächlichen, aber sicher trotzdem mit Bedacht, ausgewählten Worte, mit denen er im August 2013 Nazis und andere rechte Gesinnungstäter als „Spinner“ bezeichnet hatte. Die Opfer der NSU-Mordserie waren demnach Opfer nur von „Spinnern“? Und auch heute noch gibt es rassistisch motivierte Gewalttaten; werden diese von „Spinnern“ verübt? Ist die Diskussion über ein Verbot der NPD eine Debatte über „Spinner“?

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundespräsidenten nun bestätigt, dass er zu Nazis „Spinner“ sagen darf. Auch wenn dieses Urteil nicht überrascht, lässt es doch den Bundespräsidenten ungeschoren, hätte diesem Urteil, statt einer Erklärung zum monarchistischen Amt, eine politische Aussage gegen die Ideologie und die Gewalttaten der Nazis dem Urteil folgen können.

So bleibt es bei den Antifaschistinnen und Antifaschisten zu unterstreichen: Nazis sind keine Spinner! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Bettina Jürgensen

Freiheit von Religion

Die CDU fordert für die schleswig-holsteinische Landesverfassung einen Bezug auf Gott und versucht, dafür eine parlamentarische Mehrheit zu sammeln. »Gott« hat in der Landesverfassung nichts zu suchen. Wenn eine Landtagsmehrheit dies durchsetzen will, ist das ein Schlag ins Gesicht aller nichtchristlichen Einwohner unseres Landes. Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist, beinhaltet selbstverständlich auch die Freiheit, von »Gott« in Ruhe gelassen zu werden. Deshalb ist die Forderung der CDU, »Gott« in die Landesverfassung aufnehmen zu wollen, sogar grundgesetzwidrig. Wie es der damalige KPD-Abgeordnete Max Reimann schon vorausgesagt hatte: es ist wieder einmal Aufgabe von uns Kommunisten, die Freiheiten des Grundge-

setzes gegen Angriffe der Parteien zu verteidigen, die das Grundgesetz geschlossen hatten.

Atheisten, Agnostiker, Anhänger nichtchristlicher und polytheistischer Religionen werden sich nicht auf den einen Christengott festlegen lassen wollen. Monotheismus ist Kriegsursache. Die »Kriminalgeschichte des Christentums«, so ist bei Deschner nachzulesen, forderte vielfach mehr Tote als selbst der Hitlerfaschismus. Auch die Christianisierung des skandinavischen Nordens erfolgte doch weniger mit biblischen Argumenten als vielmehr mit Feuer und Schwert. Es ist keine 200 Jahre her, da hatte der christliche Mob in Schleswig-Holstein noch Frauen als Hexen verbrannt. Heute betreiben die christlichen Kirchen Kriegspropaganda als sogenannte Militär-

seelsorge. Der christliche Pastor Gauck ist das erste deutsche Staatsoberhaupt nach Adolf Hitler, das offen Krieg propagiert. NATO-Politiker führen Krieg für »christliche Werte« in islamischen Ländern. Es gibt also viele gute Gründe, sich vom Christentum zu distanzieren.

Aber auch Christen, deren religiöse Überzeugung wir respektieren, haben gute Gründe, sich für eine völlige Trennung von Kirche und Staat einzusetzen. Religiöse Überzeugungen sind Privatsache oder kommen im aktiven Kirchengemeindeleben zum Ausdruck. Da gibt es ein Bewußtsein dafür, daß »Gott« für politische Interessen mißbraucht wird. Das Adjektiv »christlich« wird von der CDU für Ziele instrumentalisiert, die zur Anschauung vieler Christen im offenen Widerspruch stehen.

Ralf Cüppers

Nach 150 Jahren nichts dazu gelernt?

Wenn Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund als Minderheits- oder Mehrheitsbevölkerung auf einem Territorium zusammenleben, können alltäglichen Konflikte, die sich daraus ergeben, bei Bedarf immer wieder als Kriegsursache hervorgehoben werden und wesentliche machtpolitische und wirtschaftliche Ursachen des Krieges verborgen bleiben.

Dafür gibt es historische Beispiele. Die schleswigschen Kriege vor 150 Jahren führten dazu, daß Lauenburg, Holstein und Schleswig vom dänischen Königreich abgetrennt wurden. Im ehemaligen Jugoslawien wurden zunächst Slowenien und Kroatien abgetrennt, dann Jugoslawien ganz aufgeteilt, auch Kosovo von Serbien getrennt. Ursache war im Wesentlichen Machtpolitik und Verteilung der Beute. Die Menschen haben vor diesen Kriegen als Nachbarn, Freunde und Angehörige zusammen gelebt und erst die politischen und wirtschaftlichen Interessen der gierigen Mächtigen haben sie zu Feinden gemacht.

Nach dem Sieg der preußischen Truppen über das dänische Heer in der Schlacht bei Düppel 1864 wurden die Gebiete der deutschen „Separatisten“ von Dänemark abgetrennt und Preußen angegliedert. Nun können wir Lauenburg = Krim, Holstein = Donezk, Südschleswig = Lugansk oder Husum = Slawjansk vergleichen. Dann wären wir ganz aktuell beim ukrainischen Bürgerkrieg. Aber Wladimir Putin hatte es eben nicht dem damaligen König Wilhelm von Preußen gleichgetan und seine Armee losgeschickt, die Landsleute von fremdnationalistischer Herrschaft zu befreien. Hingegen kämpfen US-Söldner jetzt auf der Seite des „Rechten Sektors“ der ukrainischen Regierung, während der dänische Staat 1864 keine Hilfe aus den USA oder Großbritanniens bekam.

In Schleswig-Holstein wird das „up ewig ungedeelt“ hochgehalten und keiner würde heute z. B. Theodor Storm als Terroristen verunglimpfen wollen. Der wurde aus dem Thüringer Exil zurückgeholt und nach dem militärischen Sieg der preußischen Generale zum deutschen Statthalter in Husum gemacht. Aber diejenigen, die in Donezk, Lugansk und Slawjansk für die russischsprachige Bevölkerungsmehrheit Regierungsverantwortung übernehmen wollten, sollen „Terroristen“ sein?

Unsere angeblich demokratischen Politiker verbünden sich heute aus Wirtschafts- und Machtinteressen mit der nationalistisch wirtschaftsliberalen Regierung Poroschenko, die sich im Bündnis mit offenen Faschisten an die Macht geputscht hat (im deutschen Parteienspektrum eine AfD-NPD-Rechte-Koalition). Deswegen sind sie bei uns „die Guten“, auch wenn ihre nationalistisch-faschistische Grundhaltung in keiner Weise mit den demokratischen Werten und den Menschenrechten des Grundgesetzes und der Europäischen Union vereinbar ist. Diejenigen, die ihre Unabhängigkeit von westlicher Vorherrschaft, ihre Bodenschätze und ihren Reichtum zugunsten der eigenen nationalen Bourgeoisie und der Bevölkerung verwerten und bewahren wollen, werden als „Separatisten“ oder als „russische Terroristen“ verunglimpft und dadurch wird der Konflikt weiter angeheizt.

Wem nützt diese Kriegshetze.

An erster Stelle wären dabei die westlichen Imperialisten und kapitalistischen Konzerne zu nennen, die lieber selbst die Bodenschätze und die Arbeiter des Donbass ausbeuten wollen, als zuzusehen, daß die russische nationale Bourgeoisie sich daran bereichert. Das war Janukowitschs Untergang, daß er lieber sich selbst bereichern wollte, als den Reichtum der Ukraine an die westlichen Konzerne auszuliefern. Poroschenko hingegen ist bereit, die Schätze der Ukraine mit den imperialistischen Konzernen zu teilen.

An zweiter Stelle wären es deutsche Faschisten, die es schon seit achtzig Jahren nicht akzeptieren wollen, daß ein so weites und reiches Land immer noch von russischen „Untermenschen“ besiedelt ist. Das politische Machtinteresse könnte sein, das im Zweiten Weltkrieg nicht erreichte Kriegsziel, die Eroberung und Ausbeutung der Bodenschätze der Ukraine, jetzt doch noch zu erreichen.

Kaum einer kommt auf die Idee, Wladimir Putin dafür zu loben, daß er sich besonnener und weniger imperialistisch verhält als die NATO oder König Wilhelm vor 150 Jahren, der mit überlegener Kriegsmaschinerie die dänische Herrschaft in Schleswig-Holstein beendete. Poroschenko hätte sein Düppel am Dnepr längst erleben können.

Direkte Demokratie durch Volksabstimmung!

Wir können aus der Geschichte lernen. Weder die Grenze bei Ochsenzoll noch die südlich von Kolding hatte bestand. Die heutige deutsch-dänische Grenze wurde nach einer Volksabstimmung festgelegt. Auch nach dem zweiten Weltkrieg stand die Grenze fest.

Das bedeutet für die Ukraine: Sofortiger Stop des Angriffes der ukrainischen Regierungstruppen auf die Gebiete der russischen Minderheit.

Rückzug der ukrainischen Regierung aus den Minderheitengebieten.

Entmilitarisierung der Ukraine, sowohl der „Separatisten“ als auch der Regierungsarmee.

In den Gebieten von Donezk und Lugansk könnte der endgültige Verlauf der Grenze durch eine Volksabstimmung festgelegt werden. Dieses Ergebnis wäre dann zu akzeptieren. Nach der Volksabstimmung können Minderheitenrechte für die jeweils unterlegene Seite beiderseits der neuen Grenze etwa nach deutsch-dänischem Vorbild festgelegt werden.

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Keiner kann von den russischen Menschen in der Ukraine verlangen, sich von Faschisten regieren zu lassen. Sollte in Deutschland, eine AfD-NPD-Rechte-Koalition die Regierung stellen, würden wir Demokraten in Südschleswig vielleicht auch zu „Separatisten“ werden, die lieber von einem demokratischen Dänemark als von einem faschistischen Berlin aus regiert werden wollen. Auch dafür gibt es ein historisches Vorbild: 1935 kämpften die sozialistischen Linken und die bürgerlichen Demokraten dafür, daß das Saarland entweder unabhängig unter der Schutzmacht des Völkerbundes oder an das demokratische Frankreich, jedenfalls nicht an das faschistische Deutschland angeschlossen wird. Leider gewannen die Nazis diese Volksabstimmung und es folgten dann weitere „Anschlüsse“.

Rußland will keinen Krieg.

Rußland hat die dem „2+4-Vertrag“ widersprechende, aggressive Osterweiterung der NATO hingenommen, weil es einen Krieg verhindern will. Die NATO nutzt diese defensive Haltung aus und provoziert dadurch einen Krieg in der Ukraine. Dieselben Poli-

Politiker, die die Loslösung von Slowenien, Kroatien bis Kosovo von Jugoslawien aktiv betrieben haben, stellen sich jetzt als Garanten ukrainischer Einheit dar.

Krieg geht von Deutschland aus.

Offiziell ist Deutschland nicht Kriegspartei im ukrainischen Bürgerkrieg, aber durch die Einheiten der Elektronischen Kampfführung EloKa in Bramstedtlund (siehe Blickpunkt 69 - Mai 2014) wird auch der Funkverkehr abgehört, ausgewertet und für Kriegszwecke den Verbündeten der NATO und der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellt. Aus den Reihen der Einwanderer hat die Bundeswehr

Menschen mit russischer oder ukrainischer Muttersprache rekrutiert, die diese Aufgabe problemlos bewältigen. Somit ist Deutschland eben doch am ukrainischen Bürgerkrieg beteiligt.

Ralf Cüppers

Anläßlich des Antikriegstages am 1. September 2014 findet um 16.00 Uhr in Bramstedtlund vor dem Standort des EloKa-Bunkers der Bundeswehr eine Kundgebung statt. Im Anschluß um 17.00 Uhr findet ein Gedenken in Ladelund am ehemaligen KZ-Außenlager statt (danach Veranstaltung der Gedenkstätte Ladelund).

Freiheit für Palästina!

Aus Anlaß der anhaltenden israelischen Bombardierung von Gaza waren am 19. Juli 2014 Palästinenser mit ihren Familien und Freunden zu einem Aufmarsch gegen den Krieg in Palästina auf dem Südermarkt in Flensburg zusammengekommen und demonstrierten anschließend bei einem Marsch mit etwa 150 Teilnehmern in der Innenstadt für ein freies Palästina.



Wasserturmfest

15 Uhr Kinderfest
Märchen & Puppen
Kaffee & Kuchen

15.30 Uhr Diskussionsrunde
**Kriege beenden -
Frieden schaffen!**

18.30 - 22.00 Uhr Musik
Hip Hop: One step ahead!
Achim Bigus singt
Disco für Jung & Alt

Spanferkel - Bier vom Fass - Tombola

Samstag, 23. August 2014
Jahnstr. 2a, Elmshorn

TERMINE

Mitgliederversammlung

z Donnerstag, 21. Aug., 19 Uhr
z Donnerstag, 18. Sep., 19 Uhr
z Donnerstag, 23. Okt., 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSDP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versand)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AstA der UNIVERSITÄT
OSSIEZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAUFMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden
Konto: Santander Bank Kiel
IBAN: DE02500333001050379700
BIC: SCFBDE33XXX
Verwendungszweck: Blickpunkt

marxistisch · kritisch · analytisch



- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probieren!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de